Juli/August 2015

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

PARLAMENTSREPORT

Liebe Leserinnen und Leser,

der Ruf des Freistaates ist „fundamental im Arsch“ – so der Dresdner Schriftsteller Peter Richter, der in New York lebt und wie der Rest der Welt fassungslos auf Sachsen schaut. Sommerpause? Keine Spur, stattdessen beinahe täglich neues Unterbringungschaos, neue rassistische Übergriffe, überforderte Behörden. Innenminister Ulbig, der lieber in Dresden einen aussichtslosen Wahlkampf führte als seiner Verantwortung nachzukommen, steht massiv unter Druck. Auch sonst herrscht Krisenstimmung in der Landesregierung.

Lang vermisste, klare Worte des Ministerpräsidenten zum Rassismus-Problem werden regelmäßig entwertet, weil CDU-Hardliner weiter auf Ressentiments statt auf Vernunft setzen, etwa fordern, die Grenzen dichtzumachen. Wer aber legale und sichere Fluchtwege verhindert, ist nicht nur mitschuldig am tausendfachen Sterben – auf Booten im Mittelmeer oder in LKWs auf österreichischen Autobahnen –, sondern sichert auch das Geschäftsmodell von Schlepperbanden.

Wir haben der Regierung angeboten, bei der Bewältigung der „größten gesellschaftlichen Umwälzung seit dem Ende der DDR“ (Freie Presse) parteiübergreifend zu agieren, und 45 Vorschläge für eine menschliche und geordnete Asylpolitik gemacht. Wir haben eine Sondersitzung des Landtages angestoßen. Auch davon werden wir in der nächsten Ausgabe berichten.

Einstweilen werfen wir einen Blick zurück in den Juli. Denn neben dem Asyl-Chaos gibt es andere Themen, die wir bearbeiten müssen. Ziel aller Politik muss es sein, dauerhafte soziale Sicherheit für alle zu schaffen, die in Sachsen leben – egal, woher oder warum sie kommen. Das ist dringend nötig, damit die Gesellschaft nicht zerfällt. Imageprobleme sind dabei nur Randnotizen.

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

„Sachsen – was in Zukunft wichtig ist“

Der Titel der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten im Juli ließ wie üblich das alte Tremolo von Selbstlob und Worthülsen erwarten. Allerdings hatte die Staatskanzlei zuvor per Umfrage herausgefunden, welches Thema der Bevölkerung derzeit am wichtigsten ist: die Asylpolitik. Deshalb erwarteten viele, dass Tillich nach Monaten des Schweigens endlich klare Worte finden würde. Diesen Anspruch erfüllte er und erhielt auch Beifall von der Opposition: „Mich machen die Bilder von Menschen in überfüllten Booten und in Flüchtlingslagern im Nahen Osten und Afrika traurig. Es geht um Menschen, die vor Krieg und Katastrophen auf der Flucht sind. Diese Menschen müssen bei uns gut aufgenommen werden. Sie haben Anspruch auf ein faires Asylverfahren und eine gute Unterbringung. Hass und Gewalt gegen diese Menschen und gegen alle anderen verurteile ich auf das Schärfste! Rassismus ist eine Schande. Wenn eine Minderheit in unserem Land gegen alle Werte von Moral und Anstand verstößt, dann ist es die Pflicht der großen Mehrheit, sich dagegen zu stellen“.

Leider ist nicht sicher, dass diese Aussagen die Position der sächsischen CDU widerspiegeln. Vor allem die Namen zweier CDU-Abgeordneter illustrieren das: Krauß und Kupfer. Alexander Krauß aus Schneeberg, sozialpolitischer Sprecher, forderte allen rechtsstaatlichen Grundsätzen zum Trotz, man möge Asylsuchende, deren Identität nicht feststeht, einfach einsperren. „Ein Aufenthalt hinter Gittern fördert die Gedächtnisleistung enorm“. Nein, wir reden nicht von einem amerikanischen Gangsterfilm. Wer „Wirtschaftsflüchtlinge wolle“, so Krauß weiter, solle sie doch „privat aufnehmen“. Solche Plattheiten wurden gerade noch rechtzeitig aus der Rede von CDU-Fraktionschef Frank Kupfer getilgt, waren allerdings im zuvor verteilten Manuskript noch enthalten. Offenbar hatte man in der CDU-Fraktion nicht mit den klaren Worten Tillichs gerechnet. So ließ sich nachvollziehen, dass Kupfer viel Populistisches etwa zu Abschiebehaft und „Wirtschaftsflüchtlingen“ wegließ. Dennoch schimpfte er vor allem gegen „Asylmissbrauch“. Damit stellte er sich gegen Tillich, der formuliert hatte: „Wir fragen nicht zuerst, woher kommt der Mensch, was bringt er mit. Zuerst bieten wir Hilfe an“.

Der Rest der Regierungserklärung war dann vor allem eines: Standard. Sie bot nur Bekanntes – etwa Seitenhiebe auf die „Braunkohleabgabe“, deren Verhinderung die Dominanz der Braunkohleverstromung stützen hilft. Neben Dankesformeln und Selbstlob traten Formeln wie diese: „Ich bin überzeugt, dass wir nur gemeinsam unseren Freistaat Sachsen weiter gut gestalten können“.

> *Zum Glück gibt es auch Menschen, die sich um Flüchtlinge kümmern, anstatt sie zu bedrohen. Höchste Zeit, Herr Tillich, dass Sie sie unterstützen, anstatt falsche Rücksichten auf mögliche Wähler rechts von der Union zu nehmen.*
>
> *Rico Gebhardt, MdL*

Oppositionsführer Rico Gebhardt sparte nicht mit Lob: „Ich danke Ihnen, Herr Ministerpräsident, für Ihr unmissverständliches Bekenntnis: Jeder Mensch, der zu uns kommt, hat unabhängig von seinem Aufenthalts- oder Asylstatus ein uneingeschränktes Recht auf Schutz seiner körperlichen und seelischen Unversehrtheit“. Es sei aber falsch, Begriffe wie „Missbrauch des Asylrechts“ zu gebrauchen – denn das Recht, Asyl zu beantragen, stehe auch allen zu, deren Antrag abgelehnt wird. Es dürfe niemandem rückwirkend abgesprochen oder aufgrund pauschaler Vorurteile („Wirtschaftsflüchtlinge“) von vornherein verwehrt werden. Deshalb müsse Tillich auch allen in seiner Partei widersprechen, die Ressentiments schüren.

Dass der Ministerpräsident sich nicht früher geäußert hat, erklärte sich Gebhardt mit dessen Taktik, stets erst zu handeln, wenn der Leidensdruck zu groß wird. Offenbar hätten ihm Vertreter der Wirtschaft oder von Forschungseinrichtungen gesagt, dass Fremdenfeindlichkeit ausländische Fachkräfte abschrecke. „Da plötzlich werden Sie aktiv. Sie merken, es droht wirtschaftlicher Schaden. Für Sie ist Dynamik nur in der Wirtschaft wünschenswert – beim Sozialen, der Kultur und Bildung setzen Sie dagegen auf Bewegungslosigkeit“. Auch deshalb könne von gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Sachsen keine Rede sein. Dieses Ziel steht noch nicht einmal in der Landesverfassung, über deren Reformierung erneut verhandelt werden müsse. „Nicht mit ihnen!“, rief CDU-Fraktionschef Kupfer eilig dazwischen.

Dabei sei Sachsen ein Land der Parallelgesellschaften, „das ‚Wir‘ liegt in Stücken“, so Gebhardt. Wohnungsnot und Leerstand, Abwanderung und Bevölkerungswachstum, Wirtschaftszentren und leere Gewerbegebiete lägen beieinander. Neben guten Wirtschaftskennzahlen gebe es noch immer eine sechsstellige Arbeitslosenzahl; ein Landesarbeitsmarktprogramm wie in Thüringen sei nicht in Sicht. Dabei könne Arbeit auch ein Schlüssel zur Integration von Flüchtlingen sein. Stattdessen gebe es vielerorts keinerlei Zusammenhalt mehr. „Wer etwa in den ländlichen Räumen in Sachsen lebt, seine Kinder in einen anderen Ort zur Kita fährt, weit weg arbeitet und abends schnell in einem Einkaufsmarkt am Stadtrand einkauft – wer so leben muss und seine Nachbarn kaum noch sieht, der tut sich schwer, in Neuankömmlingen eine Bereicherung der Gesellschaft zu erleben. Einfach weil es für ihn gar keine funktionierende Gesellschaft mehr gibt“. Dem könne entgegengewirkt werden: Mit einer Bildungsreform, die längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder erreicht. Mit einer Verwaltungsreform, die Bürgernähe herstellt. Mit einer Wirtschaftsreform, die kleine und mittelständische Unternehmen stärkt. Mit soliden Kommunalfinanzen und mehr Austausch zwischen Metropolen und ländlichem Raum. Nicht zuletzt mit einer Sozialpolitik, durch die alle Menschen gleichwertig am Leben teilhaben können.

Sachsen brauche neue Modelle für gesellschaftlichen Zusammenhalt, so Gebhardt. „Das kann der staatlich geförderte Dorf-Konsum, der flächendeckende fahrscheinlose Nahverkehr und eine Renaissance von Genossenschaften sein“. Was in Zukunft wichtig ist? Klar: „eine neue Kultur der Geselligkeit statt der Verwaltung der Einsamkeit“.

Autoreparaturen besser vergütet als Altenpflege

Es ist eine Antwort, die man bei Familienfeiern häufig hört: „Etwas mit Medien“ wolle man machen, oder „etwas mit Menschen“, antwortet mancher auf die Frage nach Wünschen für die berufliche Zukunft. Beide Aussagen umschreiben spannende Felder. Doch während man es im Medienbereich mit einer guten Ausbildung und etwas Glück zu einigem Wohlstand bringen kann, ringen viele im zweiten Bereich – dem der „sozialen Arbeit“ – trotz größten Einsatzes um das Existenzminimum.
Wir alle haben schon einmal ein Krankenhaus, ein Seniorenheim oder eine Kindertagesstätte von innen gesehen und wissen, wie engagiert die Beschäftigten teils enorme körperliche und seelische Belastungen auf sich nehmen. Viele dürften sich denken: „Ich könnte hier nicht arbeiten“. Umso mehr Hochachtung sollten wir vor denen haben, die es tun, als Krankenschwester, Altenpfleger oder Erzieherin, trotz mieser Bezahlung. Hochachtung aber reicht nicht: Die Beschäftigten verdienen gute Arbeitsbedingungen und einen fairen Lohn. Deshalb debattierte der Landtag auf Anregung der Linksfraktion das Thema „Gute Löhne für soziale Arbeit – Das muss drin sein!“

© mickyso - Fotolia.com

Susanne Schaper, Krankenschwester und Sprecherin für Sozialpolitik, verwies auf den Pflegenotstand in Krankenhäusern oder Heimen, auf Personalmangel in Kitas und in der Jugendhilfe. Dies seien Folgen der Ökonomisierung unseres Lebens: „Immer öfter werden humanistische Werte unter das Diktat ökonomischer Kategorien wie Wertschöpfung, Preis oder Rentabilität gestellt. Für ein Krankenhaus, ein Altenheim oder eine Kindertagesstätte ist das völlig untauglich“. Es könne nicht sein, dass Menschen, die sich um andere kümmern, mit dem Mindestlohn abgespeist werden. „Eine kranke Gesellschaft erkennt man daran, dass sie eine Stunde Autoreparatur viermal so hoch vergütet wie eine Stunde Kranken- oder Altenpflege“. Soziale Arbeit werde durch Steuergelder und Sozialversicherungsbeiträge finanziert und stelle einen volkswirtschaftlichen Wert dar. Gehälter und Fachkräfteanteil müssten erhöht und die Privatisierung der Pflegeausbildung rückgängig gemacht werden.

Nico Brünler, Sprecher für Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, unterstrich die Kritik an Ökonomisierungstendenzen. Bessere Arbeitsbedingungen in sozialen Berufen seien schon deshalb notwendig, damit sich die Beschäftigten wirklich um andere kümmern können, „ohne sie einfach abzufertigen“. Wer im Sozial- und Erziehungsdienst arbeite, werde besonders belastet. In Chemnitz liege die Krankenstands-Quote bei Kita-Erzieherinnen bei zehn Prozent, was durchschnittlich 39 Ausfalltage pro Kopf bedeute.

Annekatrin Klepsch, Expertin für Kinder- und Jugendpolitik, verwies auf den ersten unbefristeten Streik von Kita-Beschäftigten im vereinten Deutschland. Sie lobte den Durchhaltewillen der Streikenden, zumal der öffentliche Dienst eine Leit- und Vorbildfunktion habe. Er zeichnet die Gehaltsentwicklung für freie Kita-Träger vor. Die Gehälter müssten auch steigen, weil ein Großteil des Personals eine Fachhochschul- oder Hochschulausbildung besitzt.
Deutschland ist reich. Durch eine Steuerpolitik auf Bundesebene, die breite Schultern stärker belastet, ließen sich auch gute Gehälter in der Sozialen Arbeit finanzieren. Dafür sollte sich die Staatsregierung einsetzen – damit es auch künftig genug Menschen gibt, die bereit sind, Arbeit „mit Menschen“ zu leisten.

Erbschaftsteuer schafft Ausgleich – Schluss mit Schonung!

© Wolfisch - Fotolia.com

Wer arbeitet, soll mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet! Solche Sprüche hört man noch oft, obwohl die FDP politisch bedeutungslos ist. An mindestens einer Stelle aber müssen sich „Leistungsträger“-Freunde Inkonsequenz vorwerfen lassen – wenn sie für eine schwache Erbschaftsteuer plädieren. Schließlich wird Besitz bei Vererbung oder Schenkung auch übertragen, ohne dass die neuen Eigentümer dafür „etwas leisten“ müssen. Deshalb darf die öffentliche Hand einen Teil beanspruchen, um das Gemeinwesen zu finanzieren. Dennoch gibt es eine schiefe Entwicklung: Zwischen 2009 und 2013 wuchs das geerbte Betriebsvermögen um 41,9 Prozent, das Erbschaftsteueraufkommen aber nur um elf Prozent. Indes hat sich der Wert des verschenkten Betriebsvermögens beinahe verdreifacht, während die Summe der gezahlten Schenkungsteuer um 21,4 Prozent sank!

Die Regelungen zur Erbschaft- und Schenkungsteuer werden derzeit auf Bundesebene überarbeitet. Das Bundesverfassungsgericht hatte die weitgehenden Ausnahmen für verfassungswidrig erklärt. Auch die Landesregierungen können diesen Prozess beeinflussen. Wir haben die Staatsregierung per Antrag *(Drucksache 6/1730)* aufgefordert, sich gegen Steuerbefreiungen bei vererbtem oder verschenktem Betriebsvermögen einzusetzen. Der Staat soll stärker zugreifen, und Unternehmenseigentümer, die eine angemessene Erbschaftsteuer zahlen könnten, nicht länger schonen. Dennoch sollen Liquidität und Arbeitsplätze sicher bleiben – etwa durch Stundung bei nachgewiesener Bedürftigkeit.
Der Aufschrei war groß und folgte einem alten Muster: Diese Linken wollen unsere Unternehmer enteignen, Arbeitsplätze sind ihnen wurscht!

Alles falsch, wie **Sebastian Scheel, Finanzexperte der Fraktion DIE LINKE,** klarstellte. „2,6 Billionen Euro werden bis 2020 in Deutschland vererbt. Wenn wir zusammenfassen wollen, was das bedeutet, dann heißt das: Viele erben wenig und einige wenige im Westen erben viel“. Seit Jahren seien Regelungen zur Vererbung von Betriebsvermögen gelockert worden. Immer großzügigere Stundungen, die Abschaffung von Zinszahlungen und das Ausklammern weiter Teile des Betriebsvermögens bei der Steuerberechnung führten 2008 zum großen Coup der Unternehmerlobby: „Müller und Co. durften sich freuen. Endlich ist es gelungen, ohne Steuern ihr Vermögen auf die nächste Generation übertragen zu können“. Seitdem konnten Unternehmen steuerfrei vererbt werden, unabhängig davon, wie groß sie sind, oder ob es sich der Erbe leisten könnte, Erbschaftsteuer zu zahlen – solange die Mitarbeiterzahl einige Jahre lang stabil blieb. „In den Jahren 2009 bis 2012 sind nach Angaben des Bundesfinanzministeriums aufgrund dieser neu geschaffenen Paragrafen über 70 Milliarden Euro nicht zur Steuer herangezogen worden“, so Scheel.
Dabei habe der Wirtschaftslobby insbesondere das Argument geholfen, eine zu harte Erbschaftsteuer gefährde Arbeitsplätze. Bis heute gibt es, so Scheel, aber nicht ein einziges Unternehmen, das durch die Erbschaftsteuer in Schieflage geraten wäre. Ein Gutachten des Bundesfinanzministeriums argumentiert, es existierten „wenig Hinweise darauf, dass eine Verschonung von Betriebsvermögen geboten ist, um Arbeitsplatzverluste zu vermeiden“.
Sofern die CSU die Kompromisse mitträgt und Lobbyisten keine erneute Abschwächung durchsetzen, sollen künftig alle Unternehmen mit mehr als drei Mitarbeitern nachweisen müssen, dass sie Erbschaftsteuerrabatte zu Recht erhalten. Die werden gewährt, wenn die Beschäftigtenzahl einige Jahre konstant bleibt. Auch die Höhe möglicher Steuerrabatte wird abgesenkt. Wenn das vererbte Betriebsvermögen mehr als 26 Millionen Euro wert ist, wird künftig geprüft, ob der Nutznießer die übliche Steuer nicht aus seinem Privatvermögen zahlen kann. Bisher lag diese Grenze deutlich höher.
Dennoch lädt der Gesetzentwurf zur Steuervermeidung ein. Auch künftig werden nur wenige Unternehmen Erbschaftsteuer zahlen müssen. „Lassen Sie uns – bei einem individuellen Freibetrag von 500.000 Euro – alle Sondertatbestände abschaffen, denn sie schaffen nur Unklarheit und Umgehungstatbestände“, so Scheel. Die Erbschaftsteuer ist schließlich, wie auch das Verfassungsgericht feststellt, sehr wichtig. Sie hilft im Kampf gegen die zunehmende Ungleichverteilung von Vermögen – auch dann, wenn Menschen es erhalten, ohne dafür etwas leisten zu müssen.

Nicht so zurückhaltend, Staatsregierung!

Lange hielt sich die Koalition beim Thema TTIP bedeckt. Erstmals seit dem Verhandlungsstart 2013 haben sich CDU und SPD nun damit befasst und einen Antrag beschlossen, der anerkennt: Die Freihandelsabkommen könnten soziale, medizinische und ökologische Standards sowie die kulturelle Vielfalt bedrohen. Zu dieser Einsicht darf man gratulieren!

Für die Linksfraktion sind TTIP und Co. ein Dauerthema. Schon im März wollten wir von der Staatsregierung per Großer Anfrage *(Drucksache 6/1092)* ihre Positionen zu den Folgen von TTIP, CETA, TiSA und ACTA für den Freistaat wissen. Die Antworten belegen die Zurückhaltung der Regierung gegenüber den Verhandlungen, ihr Nicht-Wissen-Wollen und ihr blindes Vertrauen in die Europäische Kommission. Folglich hat sie die Hälfte unserer 64 Fragen nur pauschal beantwortet, viele weitere mit Floskeln, 13 überhaupt nicht.

Per Entschließungsantrag schlugen wir Schlussfolgerungen vor. Das Parlament sollte die Regierung unter anderem zu ständiger Transparenz auffordern. **Dr. Jana Pinka, Sprecherin für Umweltpolitik und Ressourcenwirtschaft**: „Die Menschen wollen sich einbringen. Dazu brauchen sie Informationen, und zwar nicht die, über welchen Link sie bei der EU irgendwelche Dokumente herunterladen können, sondern zu den möglichen konkreten Risiken der Freihandelsabkommen“.

Die **Europapolitikerin der Linksfraktion, Anja Klotzbücher,** entlarvte die Fiktion von den goldenen Zeiten, die mit TTIP und Co. angeblich bevorstünden. Diesem Trugbild hängen nicht nur viele EU-Parlamentarier an, sondern auch CDU und SPD in Sachsen. Das Abkommen werde, so ihr Koalitionsantrag, „wesentliche Impulse für neue Investitionen geben“ und „die Wirtschaft [...] in Sachsen beleben“. Klotzbücher überzeugt das nicht. So sei insbesondere belegt, dass TTIP kein „Wachstums- und Beschäftigungsmotor“ ist. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte die wichtigsten Studien zu Freihandelsabkommen analysiert und festgestellt, dass die zu erwartenden Effekte für Wachstum und Beschäftigung „winzig“ seien. Dafür droht unter anderem, dass Standards für Ökologie und Verbraucherschutz dem US-„Nachsorgeprinzip“ unterfallen könnten. Dort gelten Produkte so lange als zugelassen, bis ihre Schädlichkeit nachgewiesen ist – in Europa werden sie erst zugelassen, wenn sie als unschädlich gelten.

Nico Brünler, Wirtschaftspolitiker der Linksfraktion, sieht insbesondere die drohende Sondergerichtsbarkeit durch private Schiedsgerichte als problematisch an. Sie sei trotz einer Resolution des EU-Parlaments weiter auf dem Tisch – und werde „Kapitalinteressen vor den Entscheidungen demokratisch gewählter Parlamente“ schützen. TTIP sei kein Freihandelsabkommen, „sondern ein Investoren- und Profitschutzabkommen“. Zudem belege eine Studie der Tufts-University in Boston anhand eines makroökonomischen Modells der Vereinten Nationen, dass kapitalstarke Unternehmen und eben nicht die für Sachsen typischen kleinen und mittleren Betriebe vom Abkommen profitieren.

Die geheimen Verhandlungen müssen öffentlich werden, damit Parlamente nicht zu Abnickmaschinen für fertige Texte verkommen. Europäische Standards müssen verteidigt werden. Die Staatsregierung darf nicht länger passiv bleiben!

Flüchtlingskinder in Sachsen: Gut betreut?

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) geraten zunehmend ins Blickfeld. Die meisten Flüchtlingskinder sind zwischen 15 und 17 Jahre alt, kommen aus Afghanistan, dem Irak, Syrien, Eritrea oder Somalia. Sie haben eine harte Flucht hinter sich, müssen die Trennung von ihren Familien verkraften. Viele sind traumatisiert, waren Kindersoldaten, erlitten Genitalverstümmelungen oder Zwangsprostitution. Sie brauchen gute Unterkünfte und eine intensive Betreuung. Wir hatten schon im April (Drucksache 6/1409) argumentiert, ein Kompetenzzentrum beim Landesjugendamt könne ihre Rechte schützen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Rotes Kreuz, Diakonie, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland) hatte das empfohlen.

In der Debatte betonte **Annekatrin Klepsch, Sprecherin für Kinder- und Jugendpolitik**, dass Flüchtlingskinder kein „spezielles Nischenthema in der Kinder- und Jugendhilfefachwelt“ mehr darstellen. 2010 waren bundesweit 2.800 in Obhut genommen worden, 2013 hatte sich diese Zahl mehr als verdoppelt. Aktuell leben etwa 20.000 UMF in Deutschland. Für ihre Obhut sind die kommunalen Jugendämter zuständig. Untergebracht werden sie in denjenigen Kommunen, in denen sie ankommen; in Sachsen momentan vor allem in Leipzig, Dresden und Ostsachsen.

Wegen dieser Konzentration von UMF fühlen sich manche Bundesländer überfordert. Bayern forderte im September 2014 im Bundesrat, auch Flüchtlingskinder nach dem Königsteiner Schlüssel innerhalb Deutschlands zu verteilen. Noch im Mai 2015 stellte die Staatsregierung fest, dass Sachsen „nicht zu den Haupteinreiseländern von unbegleiteten minderjährigen Ausländern“ gehöre; inzwischen erkennt sie aber an, dass ab 2016 mehr als 1.000 UMF hier untergebracht werden müssen. Nach monatelanger Debatte gibt es nun immerhin eine koordinierende Stabsstelle im Sozialministerium. Weitere Schritte sind nicht bekannt. Vielmehr tat sich die Sozialministerin mit dem Vorschlag hervor, Flüchtlingskinder in Pflegefamilien unterzubringen, wohl wissend, dass das unrealistisch ist. Klepsch: „Sachsen benötigt dringend eine Strategie für die Unterbringung in den Kommunen, aber auch für die fachliche Steuerung durch das Landesjugendamt“.

Dem pflichtet **Juliane Nagel, Sprecherin für Flüchtlings- und Migrationspolitik,** bei. Die quotenbasierte Verteilung der UMF, wie sie die Bundesregierung mit ihrem im Juli beschlossenen Gesetzesentwurf vorsieht, gefährde das Kindeswohl. Flüchtlingskinder dürften nicht nach statistischen Kriterien verschickt, sondern müssten dort untergebracht werden, wo sie wirklich betreut werden können. „Das Kindeswohl hat bei allen behördlichen Entscheidungen Vorrang“. Sachsen solle ein Handlungskonzept zu ihrer Unterbringung erarbeiten und ein Verfahren der Alterseinschätzung ohne entwürdigende medizinische Untersuchung entwickeln. Sozialpsychiatrische Dienste müssten mit mehrsprachigen Fachkräften aufgestockt und das Landesjugendamt einbezogen werden.

Die Regierungskoalition lehnte ab. Sollten Flüchtlingskinder in Sachsen zukünftig nicht angemessen betreut werden, ist klar, wer darunter leidet: die Schwächsten.

© david19771 - Fotolia.com

Plenarspiegel Juli 2015

Die 16. und 17. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 8. und 9. Juli 2015 statt.
Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte

„Gute Löhne für soziale Arbeit – Das muss drin sein!“

Große Anfrage

– „Positionen der Staatsregierung zu **Bedeutung und Auswirkungen von TTIP, CETA, TiSA und ACTA** im Freistaat Sachsen“ *(Drs 6/1092)*

Anträge

– „**Bei der Neuregelung der Erbschaftssteuer Gestaltungsmissbrauch stoppen und Steuergerechtigkeit herstellen!**“ *(Drs 6/1730)*

– **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge schützen, fördern und beteiligen!** Vorkehrungen für die Aufnahme einer zunehmenden Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Sachsen treffen“ *(Drs 6/1409)*

Änderungsantrag

– zum Gesetzentwurf der Staatsregierung in Drs 6/1246 „**Sächsisches Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft** (SächsFrTrSchulG)“ *(Drs 6/2102)* und der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Sport, Drs 6/1989

Sammeldrucksache 6/1992 – darin enthalten sind die Anträge der Fraktion DIE LINKE in

– „‚Masterplan Erwachsenenbildung‘ für den Freistaat Sachsen auflegen“ *(Drs 6/253)*

– „Gasthörerschaft von Asylsuchenden an den Hochschulen im Freistaat Sachsen ermöglichen“ *(Drs 6/1406)*

Auf Empfehlung der Ausschüsse lehnte die Mehrheit im Plenum diese Anträge ab.

Drucksachen (Drs) und Redebeiträge unter www.linksfraktion-sachsen.de

TTIP und die Kultur

Viele von uns gehen gern ins Theater, in die Oper oder andere subventionierte Kulturstätten. Danach reden wir darüber, wie großartig das Gesehene war, sind uns einig, wie wichtig Kultur für unser Leben, für die Stadt und das Land ist. Wir verstehen ihren Nutzen für die Ansiedelung von Unternehmen und die Attraktivität für den Tourismus.

Nun stellen Sie sich Folgendes vor: Ein Regisseur aus den USA plant, zum Beispiel in Dresden eine Musikaufführung zu inszenieren. Lächerlich! Wir alle wissen, wie teuer eine Operninszenierung ist, mit wie viel Geld eine Eintrittskarte subventioniert wird. Er mietet einen Veranstaltungssaal, stellt sein Orchester und sein Ensemble zusammen, sieht die Semperoper und möchte ebenfalls eine Förderung in gleicher Höhe vom Freistaat, weil er sich wettbewerbsrechtlich benachteiligt sieht. Das Land verwehrt sie ihm. Er beginnt zu klagen: Entweder erhält er auch diese Förderung, oder das Land soll seine Subventionierung der Semperoper einstellen!

So oder so ähnlich könnte es in Zukunft oft vonstattengehen, sollte der Kultursektor bei den Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) nicht ausgeschlossen werden. Richtig: Beteuerungen, dass Kultur bei diesen Verhandlungen keine Rolle spiele, gibt es von vielen Seiten. Vizekanzler Sigmar Gabriel: „Wenn TTIP die Kultur nicht genug schützt, dürfen wir dem Abkommen nicht zustimmen“. Der gleiche Minister sagte auf einem Wirtschaftsgipfel: „Vielleicht sind die Verhältnisse in Deutschland schwieriger, weil wir reich und hysterisch sind“ (gemeint ist die Durchsetzung von TTIP und den Schiedsgerichten).

© stokkete - Fotolia.com

TTIP soll Standards und Normen angleichen und gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen in Europa und in den USA schaffen. Jedoch sind die Voraussetzungen im Kulturbereich grundsätzlich unterschiedlich. Europa und im speziellen Deutschland hat eine reichhaltige Kulturlandschaft, die durch staatliche Subventionen gefördert wird. Derlei gibt es in den USA nicht. Dort ist auch dieser Bereich den Prinzipien des freien Marktes unterworfen. Kann so eine Angleichung überhaupt möglich sein? Kultur ist keine Handelsware, sondern ein öffentliches Gut!

Cecilia Malmström (EU-Handelskommissarin) meint: „Es kommt nicht in Frage, dass TTIP Deutschlands reichhaltige kulturelle Vielfalt oder entsprechende Politikbereiche beeinflussen wird“. Allein: Mir fehlt der Glaube. Ich kann mich bisher auch nicht vom Gegenteil überzeugen. Inzwischen dürfen zwar Vertreter der Bundesregierung nach Voranmeldung in einem Leseraum die Dokumente einsehen. Vertreter der Landesregierungen hatten dieses Recht zu keinem Zeitpunkt. Nun soll Schluss sein mit der Geheimniskrämerei. Künftig will die Brüsseler Behörde detaillierte Berichte über die Verhandlungen auf ihre Website stellen. Warten wir es ab.

An den Verhandlungen ist ohnehin problematisch, dass dabei nicht auf Basis von Positivlisten, sondern von Negativlisten beraten wird. Während in Positivlisten nur diejenigen Bereiche eingetragen werden, über die verhandelt werden soll, wird in Verhandlungen mit Negativlisten zunächst alles einbezogen, ob es nun gemeinwohlorientiert oder erwerbswirtschaftlich ist. Danach muss begründet werden, weshalb ein Sektor außen vor bleiben soll, also auf die Negativliste zu schreiben ist. Für den Kulturbereich ist dies eine riesige Aufgabe, da dieser viele Bereiche umfasst: Verlagswesen, Musikschulen, Filmwirtschaft, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, Theater, Orchester, Museen, kleine kulturwirtschaftliche Betriebe etc. Für alle müssen nun Begründungen für einen Ausschluss aus den Verhandlungen formuliert werden. Außerdem ist die Entwicklung im Zuge der Digitalisierung einzelner Kulturbereiche noch gar nicht abzusehen. Wie kann man eine Ausnahme formulieren für etwas, das noch nicht stattfindet?

Es geht darum, zu sensibilisieren und die politischen Sinne zu schärfen. Wir müssen fragen, ob wir unsere kulturelle Vielfalt, die über Jahrhunderte gewachsen ist, der Gefahr aussetzen möchten, zu einer wirtschaftlich auszubeutenden Mainstreamkultur im Sinne eines Einheitsbreis zu werden. Wenn wir also weiter wie bisher Theater oder Opern besuchen wollen, heißt es: Augen, Ohren und Mund auf!

Franz Sodann, MdL

Staatsversagen bei Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen

Am 24. Juli wurden Helfende des DRK bei der Errichtung einer Zelt-Notunterkunft für Flüchtlinge in Dresden verbal attackiert und tätlich angegriffen. Das offenbart drei grundlegende Probleme: Erstens ist die Staatsverwaltung des Freistaates den steigenden Asylsuchenden- und Flüchtlingszahlen nicht gewachsen und hat kein auf absehbare Zeit belastbares Aufnahme- und Unterbringungskonzept. Zweitens brechen sich die in breiten Teilen der Bevölkerung vorherrschenden fremdenfeindlichen und rassistischen Ressentiments nicht nur in Pegida- und Legida-Demos sowie in sozialen Netzwerken Bahn. Sie werden jetzt durch tätliche Angriffe auf Helfende und auf Flüchtlinge zur Gefahr für Leib und Leben. Drittens scheint die Polizei durch den Personalabbau so geschwächt, dass sie dauerhaft am Rand der Leistungsfähigkeit arbeitet und nicht mehr allen Situationen angemessen begegnen kann.

Dieser Ad-hoc-Befund hat die Fraktion DIE LINKE bewogen, eine Sondersitzung des Innenausschusses des Landtages für den 3. August zu beantragen und ihre Beweggründe in einem Antrag auf umfangreiche Berichte der Staatsregierung *(Drucksache 6/2297)* darzulegen. Zugleich wurde beantragt, den Helfenden des DRK, des THW sowie der Polizei und allen Ehrenamtlichen Dank auszusprechen. Darüber hinaus sollte die Staatsregierung umgehend einen Asylgipfel unter Einbeziehung der staatlichen Stellen, der Kommunen und Landkreise sowie aller zivilgesellschaftlichen Akteure, die in der Asyl- und Flüchtlingsarbeit tätig sind, einberufen und ein tragfähiges Unterbringungskonzept mit festen und sicheren Unterkünften vorlegen. Unser Antrag wurde durch CDU und SPD abgelehnt.

Foto: Uwe Schaarschmidt

Beneidenswerte Zustände?

Unsere Mitglieder des Innenausschusses hatten sich zuvor vor Ort über die Unterbringungs- und Versorgungsumstände im Zeltcamp in der Bremer Straße in Dresden ins Bild gesetzt. Den Helfenden des DRK und THW ist dabei zu bescheinigen, dass sie über viele Tage teils Übermenschliches geleistet haben. Schier über Nacht hatten sie aus einer Brache den Boden für das Camp bereitet und es errichtet. Rund um die Uhr waren und sind sie bemüht, die Unterkünfte zu verbessern und die Versorgung den ethnischen und religiösen Bedürfnissen anzupassen.

Die Staatsregierung läuft seit zwei Jahren auf der Grundlage falscher Prognosen der Situation hinterher und hat kein tragfähiges Unterbringungskonzept. Bei der Sicherheit der Asylsuchenden, Flüchtlinge und Helfenden stützt sie sich auf private Firmen und will den Stellen- und Personalabbau bei der Polizei nicht stoppen. Wir werden weiter Druck machen, damit sich die Lage der Flüchtlinge schnell und dauerhaft bessert.

Enrico Stange, MdL

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag